

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

4.6.1921 (No. 127)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlstraße
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredakteur
C. A. Menck
Druck
und Verlag:
G. Braunische
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugpreis: In Karlsruhe und umwärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 P.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die 7mal gepaltene Zeile oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreter Rabatt, der als Kaszerrabatt gilt und erteilt werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von böserer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zur Brotgetreideaufbringung.

Der dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über die Regelung des Verkehrs mit Getreide gibt fast der gesamten Presse die Gelegenheit, sich eingehend mit ihm zu befassen. In der landwirtschaftlichen Presse erfährt der Entwurf vielfach eine Ablehnung, die zum Ausgangspunkt vor allem die Entschlieung des Gesamtvorstandes des Reichs-Landbundes vom 10. Mai 1921 nimmt. Nach dieser Entschlieung bedeutet der Entwurf „keine Übergangsmassnahmen zur freien Wirtschaft, sondern vielmehr eine sehr erhebliche Verschärfung des Zwanges. Die in einer Höhe von 3 Millionen Tonnen Getreide aufzubringende Umlage, welche fast das Doppelte der in diesem Erntejahre von der Reichsgetreidestelle erfahrenen Menge an Brotgetreide bedeuten würde“, so heißt es in der Entschlieung, „ist eine Massnahme, die von der Landwirtschaft unmöglich noch getragen werden kann, ganz zu schweigen von der noch völligen Ungleichheit der Preisgestaltung.“

Hier wird also die neue Umlage von 3 Millionen Tonnen in Vergleich gestellt zu der in diesem Jahre von der Reichsgetreidestelle erfahrenen Menge an Brotgetreide. Dabei bleibt völlig unerwähnt, daß neben der Reichsgetreidestelle auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände, und zwar wesentlich mehr als diese, Brotgetreide erfährt haben. Ein Vergleich der künftigen Belastung der Landwirtschaft mit der jetzigen Aufbringung kann daher nur gezogen werden, wenn die ganze diesjährige Aufbringung in Rücksicht gezogen wird. Auch den großen Organisationen der Landwirtschaft dürfte bekannt sein, daß nach dem jetzigen Bewirtschaftungssystem neben der Reichsgetreidestelle auch die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände Träger der Aufbringung sind und daß sie nicht weniger erfahren als die Reichsgetreidestelle, zumal sie die Hauptproduktionsgebiete in sich schließen. Um so merkwürdiger erscheint der in die Entschlieung des Reichslandbundes aufgenommene irreführende Vergleich der beabsichtigten Umlage mit den Ablieferungen an die Reichsgetreidestelle, der allerdings geeignet ist, die großen Kreise der Landwirtschaft, die über die Ergebnisse der jetzigen Erfassung naturgemäß kein klares Bild haben, gegen das geplante Umlageverfahren einzunehmen. Jedenfalls muß gegenüber der fast in die gesamte Presse gelangten irigen Auffassung festgestellt werden, daß die diesjährige Getreideerfassung die Höhe von 3 Millionen Tonnen nicht unwesentlich übersteigen wird, und daß mithin auch die Folgerung, der geplante Entwurf enthalte eine sehr erhebliche Verschärfung des Zwanges, aus den Erfassungszahlen nicht hergeleitet werden kann.

Die Aufnahme von Schülern in die höheren Lehranstalten.

An die Direktion der höheren Lehranstalten (mit Ausnahme der Lehrerseminare) hat das Ministerium des Kultus und Unterrichts die nachstehende Anweisung ergehen lassen: Nach Mitteilung des Reichsministeriums des Innern ist nunmehr vorgezogen, den durch die Reichsverfassung vorgeschriebenen Abbau der öffentlichen Vor- und im Zusammenhang damit der vierjährigen Grundschule aufsechswöchige bis zum Beginn des Schuljahres 1924/25 durchzuführen. Bis dahin können die Landesregierungen zulassen, daß Kinder aus allen Schulgattungen (Vorschulen, Volkss- und Privatschulen) noch nach drei Schulpflichtjahren in höhere Schulen aufgenommen werden. Die Bestimmungen des Reichsgrundschulgesetzes vom 28. April 1920 werden danach eine Auslegung erfahren, die es uns nach Verlegung des Schuljahresbeginns auf das Frühjahr ermöglichen, in bezug auf die Zulassung von Schülern in die unterste Klasse der höheren Lehranstalten auf Ostern 1. Z. nachträglich eine Milderung unserer Bekanntmachung vom 7. Dezember 1920 eintreten zu lassen. Wir ermächtigen daher die Direktionen, von den 1. Zt. auf Ostern zur Aufnahme in die Anstalten angemeldeten Schüler nachträglich alle diejenigen anzunehmen, die eine dreijährige Ausbildung auf einer Volksschule oder nicht-staatlichen Anstalt nachweisen und die vorgeschriebene Aufnahmeprüfung gut bestehen. Dabei geben wir den Direktionen anheim, für die nachträglich eintretenden Schüler Förderstunden einzurichten, um ihnen in den fremden Sprachen das Nacharbeiten auf den demaligen Klassenstand zu erleichtern. Die damit betrauten Lehrer werden ohne Rücksicht auf ihre demalige Pflichtstundenzahl die Förderstunden als Überstunden vergütet erhalten.

Die konsularische Vertretung der Dominikanischen Republik.

Nach einer Mitteilung der Gesandtschaft der Dominikanischen Republik in Berlin werden die Konsulatsgeschäfte für Baden durch die Gesandtschaft selbst wahrgenommen.

* Regierungsbasis und Vertrauensvotum.

Die gestrige Sitzung des Reichstags hat dadurch einen geradezu sensationellen Charakter erhalten, daß der Führer der Deutschdemokratischen Partei, Senator Dr. Petersen, erklärte, seine Partei werde die Konsequenzen ziehen, falls nicht die Sozialdemokratie den Wiedereintritt der Deutschen Volkspartei in das Kabinett ermögliche. Es haben darauf nach Schluß der Sitzung wichtige Fraktionsitzungen stattgefunden, über deren Ergebnis jedoch bis zur Stunde noch nichts bekannt ist.

Jedenfalls hat die Erklärung Dr. Petersens die innerpolitische Situation in kritischem Sinne beeinflusst und die Stellung der Reichsregierung erschwert. Daß bei diesem Schritt — ebenso, wie bei dem Verhalten der Sozialdemokratie und der Deutschen Volkspartei selbst — Rücksichten taktischer Art, das heißt vor allem Rücksichten auf gewisse Stimmungen innerhalb der Wählerschaft mitsprechen, ist wohl nicht zu leugnen. Und wenn auch Senator Petersen im unmittelbaren Anschluß an jene Erklärung versichert, daß ihm das Vaterland höher stehe als die Partei, so wird man sich durch diese Versicherung nicht über die Tatsache hinwegtäuschen lassen, daß es doch vorzugsweise rein parteitaktische Erwägungen sind, die zu jener Erklärung geführt haben.

Unseres Erachtens liegt zunächst gar keine Veranlassung vor, die Frage der offiziellen Erweiterung der Regierungsbasis zu forcieren. Wird doch allgemein angenommen, daß das von den „Deutschnationalen“ beantragte Mißtrauensvotum von einer starken Mehrheit, nämlich von den drei Koalitionsparteien, der Deutschen Volkspartei und den Unabhängigen, abgelehnt werden wird. Diese Mehrheit ist für die Reichsregierung völlig ausreichend.

Vielleicht würde es sich überhaupt für uns empfehlen, nicht allzu oft eine Abstimmung über die Vertrauensfrage zu provozieren. Unser Parlamentarismus, der noch in den Kinderstufen steht und infolge der politischen Unreife einzelner Teile unseres Volkes, sowie infolge der besonders schwierigen Zeitverhältnisse schon an und für sich mit großen Schwierigkeiten zu rechnen hat, sollte von derartigen, manchmal ganz unnötigen Belastungsproben möglichst verschont bleiben.

Zum mindesten wäre es gut, wenn man die ganze Frage des Vertrauensvotums und der womöglichen Erweiterung der Regierungsbasis kühler und ruhiger betrachten würde. Wenn das deutsche Parlament sich nicht selbst zum Gespött der ganzen Welt herabwürdigen will, kann es gar nicht demselben Reichskanzler jetzt ein Mißtrauensvotum erteilen, den es vor vierzehn Tagen zum obersten Leiter der Reichspolitik bestellt hat; zumal dieser selbe Kanzler seitdem mit deutlich sichtbarem Erfolg lediglich die damals durch Mehrheitsbeschluß festgelegte Politik vertreten hat. Es haben ja auch bezeichnenderweise nicht bloß die Deutschdemokraten sondern auch die Deutsche Volkspartei und die Unabhängigen im Reichsparlament selbst erkennen lassen, daß sie grundsätzlich bei der Lösung der schweren Aufgabe, die die Reichsregierung übernommen hat, mit-helfen wollen.

Das Ganze ist im Augenblick als eine Formsache zu betrachten, da ja die wirkliche Entscheidung der Parteien überhaupt erst dann erfolgen kann, wenn die Reichsregierung ihr Finanz- und Wirtschaftsprogramm im einzelnen, das heißt durch Ankündigung oder Vorlage bestimmter Gesetzesentwürfe, der Öffentlichkeit unterbreitet hat. Dann erst wird sich zeigen, wie die Mehrheit beschaffen sein soll, die dieses Programm nach innen und nach außen durchführt.

Die Deutsche Volkspartei hat jetzt schon durch den Mund Stresemanns erklären lassen, daß sie in sachlicher Opposition zur Reichsregierung stehe. Stresemann will damit offenbar sagen, daß er an und für sich prinzipiell die Reichsregierung nicht unter allen Umständen bekämpfen, sondern seinen Widerstand lediglich auf sachliche Differenzen beschränken möchte. Diese sachlichen Differenzen werden aber sicherlich die Hauptrolle in dem parlamentarischen Ringen der nächsten Wochen spielen.

Denn darauf kommt es ja gerade an, eine Mehrheit für alle die Gesetze und Massnahmen zu finden, die die Reichsregierung für die Durchführung des Reparationsprogramms benötigt. Und wir können uns gut vorstellen, daß hier die sachlichen Differenzen zwischen den Parteien, die die unmittelbaren Lasten vor allem dem Kapital und dem Besitz aufbürden wollen, und der Deutschen Volkspartei, die vielleicht darüber etwas anders denkt, außerordentlich groß sein werden.

Man sollte überhaupt die Dinge, die schon an und für sich recht kompliziert sind, nicht noch unnötig verwirren. Die Kernfrage ist doch die: Wer soll, nachdem das Ultimatum angenommen worden ist, die Summen aufbringen? Zunächst und vor allem wird es natürlich das ganze deutsche Volk sein, das mit seiner Arbeit, zum Teil auch in Form gewisser, unumgänglicher indirekter Steuern, diese Lasten abträgt. Wo aber Besitz und Kapital vorhanden ist, wird man natürlich darauf zurückgreifen müssen, um die notwendigen Summen für die Reparation flüssig zu machen.

Dabei denkt gewiß kein vernünftiger Politiker daran, Landwirtschaft, Industrie und Handel durch diese Eingriffe zu schwächen. Im Gegenteil! Das Wirtschaftsprogramm des Reichskanzlers soll ja gerade eine so hohe Produktionsleistung aller schaffenden Stände erzeugen, daß auch die Umsätze und die Gewinne des Produzenten dementsprechend höher werden. Es wäre volkswirtschaftlich ein Wahnsinn, wenn man in diesem Augenblick durch unvernünftige Eingriffe die Produktionskraft und die Produktionslust des Unternehmertums im weitesten Sinne dieses Wortes lahmlegen wollte!

Aber einstweilen werden wir wohl mit einer starken Abneigung gegen alle Belastungen von Besitz und Kapital bei den Parteien zu rechnen haben, die die Interessen von Besitz und Kapital vertreten. Diese Abneigung muß überwunden werden. Und dazu wäre es allerdings am besten, wenn sich die Parteien, die grundsätzlich guten Willens sind — und das sind ja mit Ausnahme der „Deutschnationalen“ und der Kommunisten eigentlich alle Parteien — scheidlich-friedlich zusammentun würden, um nun ein Programm der praktischen Durchführung zu entwerfen, das den berechtigten Bedenken der Produzenten nachgibt und doch die Erreichung des Endziels ermöglicht.

Sollte eine derartige Einigung auf breiter Basis nicht glücken, so müßte die Reichsregierung versuchen, irgend eine Mehrheit im Parlament für das zu gewinnen, was sie für richtig hält, und das von der Mehrheit Beschlossene dann mit Entschlossenheit durchzuführen. Wir brauchen dabei nicht gar zu ängstlich sein. Große Teile des deutschen Volkes werden, da sie von Hause aus schwankend in ihrer politischen Überzeugung sind, schließlich am liebsten der Regierung folgen, die am klarsten und entschiedensten ihre Anschauungen durchsetzt. Und tut sie das auf der Grundlage eines verfassungsmäßigen Beschlusses des Parlaments, so ist ja auch vom Standpunkte des Rechts dagegen nichts einzuwenden.

Findet die Reichsregierung jene Mehrheit aber nicht, dann müssen eben Neuwahlen ausgeschrieben werden. Diese Neuwahlen werden vollzogen werden unter der Parole: Wer soll die Reparationslasten in erster Linie tragen? Die Schichten mit Besitz und Kapital oder die Schichten des Volkes, die nichts besitzen und auf den Lohnvertrug angewiesen sind, den ihnen ihrer Hände Arbeit einbringt? Das ist dann eine ganz klare Parole. Sie ist so klar, daß wir beinahe glauben möchten, daß das Wahlergebnis für die Parteien, die die Interessen von Besitz und Kapital vertreten, nicht günstig ausfallen wird.

Wir halten es für unsere Pflicht, ruhig und ohne Scheit zu zeigen, wohin uns die Entwicklung der nächsten Wochen führen kann. Die Hoffnung, daß es gelingen möge, die schlimmeren Möglichkeiten dieser Entwicklung zu vermeiden und eine ausreichende Mehrheit für das Programm der Reichsregierung im Einzelnen zu finden, haben wir jedoch nicht aufgegeben; und zwar schon deswegen nicht aufgegeben, weil unser Volk gerade doch in den letzten Wochen gemerkt hat, wie sehr es sich seine Lage erleichtern kann, wenn es selber eine vernünftige und zielbewußte Politik der Erfüllung übernommener Pflichten betreibt.

Die Parteien zum Regierungsprogramm.

Im Reichstag wurden gestern zunächst einige Anfragen erledigt.

Auf eine Anfrage des Abg. Horn (U.S.) wegen Aufhebung von Waffensicherungen in Stettin wird von einem Regierungsbektrere erwidert, das Ergebnis der Untersuchung stehe noch nicht fest.

Zur Besprechung der Regierungserklärung sind mehrere Anträge eingegangen. Die sozialdemokratische Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Reichstanzler zu ersuchen, die Urteile der Sondergerichte unter der Gesichtspunkte möglicher Begnadigung prüfen zu lassen und dem Reichspräsidenten bloße Mitläufer der Aufwühlbewegung in weitestem Umfange zur Begnadigung zu empfehlen.“ Weiter liegt ein deutschnationaler Antrag (Pergt) vor, gegen die Regierung ein Misstrauensvotum abzugeben.

Reichsjustizminister Schiffer betont, die Ausnahmegerichte seien an und für sich etwas Unerwünschtes und mühen verschwinden, sobald die Voraussetzungen dafür gegeben seien. Ein großer Teil der Ausnahmegerichte habe wieder aufgehoben werden können und ein weiterer Teil solle aufgehoben werden; nur sechs sollen bis auf weiteres bestehen bleiben, darunter in Berlin, Halle, Breslau und Naumburg. Der Minister polemisiert zum Schluß gegen die kommunistische Partei, die durch ihr Verhalten und durch ihre fortgesetzten Drohungen sowohl die Amnestie verhindere, wie auch die völlige Aufhebung der Sondergerichte.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) stimmt den Ausführungen des Ministers zu. Den Verführten müsse aber klar gemacht werden, daß die Strafe nicht immer von einer Amnestie abgelöst werde. Redner geht dann auf die Rede des Reichstanzlers ein. Die Beschränkung der Polizei im Interesse der schrankenlosen Ausdehnung des Verbrechertums sei ein Eingriff in die innere Freiheit eines Staates. Auch das Verbot der Luftschiffahrt sei eine unerhörte Zumutung. Die Differenz, die noch in der Frage der Entwaffnung mit Bayern bestehe, werde sich lösen lassen in alter Reichstreu, die Bayern stets befundet habe. Das Verbot der Orgelexportation sei ein Eingriff in die innere Freiheit. Für die Sanktionen seien mit der Unterzeichnung die Voraussetzungen gefallen; der Reichstanzler und der Minister des Äußeren mögen sich daher in diesem Punkte energisch einsetzen. Wenn Frankreich an den Sanktionen festhalte, so sei Deutschlands Haltung vorgezeichnet. Dazu komme Briand's Haltung in der oberösterreichischen Frage. Es müssen Erwägungen darüber angestellt werden, daß ein Land die ihm auferlegten Opfer nicht bringen kann, wenn man ihm ein so wichtiges Glied wie Oberösterreich nimmt. Redner polemisiert dann gegen die Exportabgabe. Diese Abgabe sei nur als Indeziffer anzusehen und könne durch jede andere Abgabe ersetzt werden. Aber warum nehme das Kabinett die Gesamtproduktion als Ganzes? Die Exportindustrie befinde sich in einer unsicheren Lage, da sie sich aus den Erklärungen der Regierung kein Bild machen könne. Der Redner bedauert, daß nicht noch mehr solche Köpfe wie Rathenau dem Kabinett angehören. Aber die Schlagworte der Typisierung, Moralisierung seien wohl nicht angebracht; denn diese ließen sich doch nicht auf die zahlreichen mittleren Betriebe anwenden, die in Spezialarbeiten groß seien. Die Haltung der Regierung lasse hier schwere Gefahren für diese Betriebe befürchten und davor warne er. Wir wollen alle helfen, das Wort der Regierung einlösen. Wir wollen uns daher heute nicht mit gegenseitigen Vorwürfen überschlagen. Wir stehen in sachlicher Opposition zur Regierung, werden aber auch nur in sachlicher Form zu den einschlägigen Fragen Stellung nehmen (Beifall).

Abg. Dr. Petersen (Dem.): Nachdem wir unterzeichnet haben, haben wir alle ohne Unterschied die Pflicht, unser Wort einzulösen. Um aus unserer schlechten Lage herauszukommen, ist es nötig, daß wir unsere Regierung auf eine möglichst breite Grundlage stellen und alle Parteigänger unterlassen. Unsere Wollata kann sich nicht ohne eine Anleihe im Auslande bessern. Eine solche ist aber nur möglich, wenn unbegrenztes Vertrauen im Auslande zu unserer Regierung besteht. Die Rede des Herrn v. Braun ist eine schwere Enttäuschung gewesen. Seine antisemitische Agitation läßt ihn als gänzlich ungeeignet für die Deutsche Wirtschaftskammer erscheinen. Der Redner setzt sich dann auch mit den Unabhängigen auseinander; solange sie nicht den Willen zur gemeinsamen Arbeit mit den übrigen Parteien hätten und nur für sich selbst Vorteile schaffen wollten, könne man nicht auf eine fruchtbringende Arbeit rechnen. Redner bedauert, daß die Deutsche Volkspartei nicht in der Regierung sei. Wenn sie die Regierung unterstützen wolle, müsse sie auch ihre Kräfte dazu hergeben. Solch ein Bloß würde eine Regierungsbasis ergeben, die auf Jahre hinaus nicht zu erschüttern sein würde. Die gestrige Rede des Abg. Wels sei höchst bedauerlich gewesen, da sie aufs neue die Klagen gegen die Regierung verheißt habe, statt zur Sammlung zu rufen. Wir müssen aus dem Parteigewinnstreben heraus. Wir können die Zukunft nur aufbauen, wenn alle Parteigegensätze zurückgestellt werden.

Reichstanzler Dr. Wirth mahnt, herauszukommen aus der Polemik in den Zeitungen und im Hause. Abungen der Reichswehr auf einem Truppenübungsplatz sollen auf Einrede der Entente abgebrochen worden sein; das trifft nicht zu. Die 26 Prozent sind zunächst noch eine Indeziffer. Es wird sehr schwer sein, eine andere Ziffer an ihre Stelle zu setzen. Die technische Durchführung der Auszahlung setzt einige Vorbereitungen voraus. Dann wird mit der Auszahlung begonnen werden. Ich bitte um die tatkräftige Hilfe des Reichswirtschaftsrates.

Abg. Hüllein (Komm.): (Das Haus leert sich bis auf einige Abgeordnete): Wir würden es begrüßen, wenn die Regierung den Reichstag auseinanderjagt und an die Massen appelliert. Die Reichsopposition entspringt nur dem Konkurrenzstumpfe um die Ministerstellen. Redner kritisiert die neuen Männer in der Regierung. An Rathenau gefiel ihm sein Grundsat: Es muß sein, darum muß es getan werden. Freilich meint er dies im Interesse des Kapitalismus, aber an diesem Grundsat würden die Arbeiter lernen. Den Unabhängigen sei es niemals mit dem Sozialisierungsprogramm ernst gewesen. Wir sind stolz darauf, die Arbeiterschaft gegen die Vorkämpfer der Erdrückungsversuche aufgetaucht zu haben. Nicht wir tragen die Schuld, sondern jene, die die Arbeiterschaft zur Selbstverteidigung gezwungen haben. Der Schluß der Ausführungen des Redners ging vor vollständig leerem Hause vorüber. Er erhielt heftige Angriffe auf die Regierung, die Mehrheitssozialdemokraten und die Unabhängigen, sowie auf den Abg. Dr. Ebeling, der zur Erdrückung des Abg. Eberlein aufgefordert habe. Die dreistündige Rede gipfelte in der Drohung an den Großgrundbesitzer, alle nicht bebauten Länderstrecken zu enteignen.

Nächste Sitzung Samstag 12 Uhr: Kleinere Fragen und Weiterberatung.

Schluß 7 Uhr.

Die Reichstagsdebatte dürfte laut „Vorwärts“ heute zum Abschluß kommen. Das Misstrauensvotum der Deutschnatio-

nalen soll gegen eine kleine Minderheit, die vornehmlich aus Kommunisten und Deutschnationalen bestehen wird, abgelehnt werden. Da durch diese Ablehnung der Regierung indirekt das Vertrauen ausgesprochen wird, sind, wie die Blätter erfahren, die Koalitionsparteien dahin übereingekommen, kein Vertrauensvotum einzubringen.

Die Rede des Wiederaufbau-ministers.

Im Nachstehenden geben wir noch die vorgelegte Reichstagsrede des Wiederaufbau-ministers Dr. Rathenau, die gestern in kurzem Auszuge vorlag, in ausführlicher Fassung nach der Bericht der „F. Ztg.“ wieder. Dr. Rathenau führte danach aus:

Sie werden heute von mir weder ein Programm noch einen Bericht erwarten. (Zuruf rechts: Programm!) Der Arbeitskreis, in den ich mich einzulernen habe, ist außerordentlich groß und eine Informationszeit von einigen wenigen Tagen ist denn doch zu kurz, um Rückschlüsse ablesen zu können von dem, was geschehen ist und was geschehen soll. Ich wünsche zunächst meinen Arbeitskreis auf das tiefste zu studieren. Leicht ist mir der Entschluß nicht geworden, mich an diese Stelle zu begeben; es ist kein leichter Augenblick, wenn man mit einem Federstrich sich von einer großen Anzahl wirtschaftlicher Gebiete trennen muß, mit denen man verknüpft ist. Aber dieser Entschluß war leichter als der, mich zur Verfügung zu stellen für eine große und unübersehbare Aufgabe, die nicht von uns selbst, sondern von andern in ihrem Umfang bestimmt ist. Es war auch nicht leicht für einen Außenstehenden in vorgeschrittenen Jahren sich denjenigen Stellen zu nähern, wo die Hochspannungsmaschine der Politik demjenigen, der mit ihrer Konstruktion und Wirkungsweise nicht genau vertraut ist, Gefahr droht. Was mir den Entschluß erleichtert hat, ist in erster Linie die Ermahnung, daß mein neues Arbeitsgebiet kein politisches ist. Nicht als Mitglied einer Partei bin ich durch den Herrn Reichstanzler berufen worden. Ich entnehme dieser Tatsache das Recht, den Aufgabenkreis so unpolitisch zu halten wie nur möglich. Wenn es sich darum handelt, einen Arbeitskreis zu erfüllen, der in erster Linie von organisatorisch wirtschaftlicher, nationaler und internationaler Bedeutung ist, so ist das kein Aufgabenkreis, der dem eigentlichen politischen Gebiet entspricht, sondern der sich dem näher, auf dem ich bisher gearbeitet habe: dem privatwirtschaftlichen Gebiet. Es ist keine Beförderung vorhanden, daß dieses Arbeitsgebiet sich verquiden werde mit solchen Begriffen, die wir unter „Kriegswirtschaft“ verstehen. (Widerspruch rechts.) Ich bin (nach rechts) weder ein Anhänger der Kriegswirtschaft noch der Zwangswirtschaft. Ich bin nicht der Schöpfer der sogenannten Kriegswirtschaft (Zuruf rechts), ich bin aber der Schöpfer und Organisator der Kriegswirtschaft des Königlich Preussischen Kriegsministeriums. (Beifall.) Als solcher habe ich die Aufgaben erfüllt, die mir damals gestellt worden sind. Diejenigen, die damals die Verantwortung trugen, haben mir bezeugt, daß ohne diese Organisation der Krieg überhaupt nicht zu führen gewesen wäre. Ich bin nach achtmonatiger Tätigkeit aus diesem Wirkungskreis ausgeschieden, nachdem die Organisation geschaffen war, und habe das Amt einem Offizier als meinem Nachfolger übergeben, der es in vorbildlicher Weise zum Wohle des Landes nach denselben Prinzipien verwaltet hat. Weder mein Nachfolger noch ich selbst haben damals etwas zu tun gehabt mit staatlichen Vergewungen, mit dem Ernährungswesen oder irgend etwas, was unter den Begriff Kriegswirtschaft sich in irgend einer Weise analogisiert. Ich bin fest entschlossen, von diesem Arbeitsgebiet alles das fernzuhalten, was auch nur von weitem an Schiebererei und Reparationsgewinnerei erinnert! (Beifall, Zuruf rechts.)

Meine industrielle Tätigkeit ist erledigt, meine wissenschaftliche ist es nicht. Ich denke nicht daran, sie zu verleugnen! Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, daß unser Wirtschaftsleben im Laufe eines Menschenalters sich erheblich umgestalten wird, aber nicht nur bei uns, sondern in der ganzen Welt. Aber ich werde das nicht verquiden mit einer allgemeinen Reform des deutschen Wirtschaftslebens. Nicht nur, daß ich dies nicht wagen würde — ich würde auch den Augenblick nicht für den richtigen halten. Der deutsche Wirtschaftskörper und der deutsche Körper überhaupt ist viel zu krank, als daß große Eingriffe vorgenommen werden könnten.

Man exerziert nicht im Feuer und auf der Flucht wechselt man nicht die Pferde! (Abg. Lebour (L.) ruft: Ihr Beispiel beweist, daß gerade auf der Flucht neue Männer herangeholt werden! Unruhe.) Es handelt sich hier nicht um einen Personalwechsel, sondern um die Frage, ob man einen schwerkranken Wirtschaftskörper grundsätzlich von unten herauf umstellen kann. Ich bin der Meinung, große wirtschaftliche Reformen dürften erst dann eingeführt werden und verpreden erst dann Erfolg, wenn das Bewußtsein des Volkes sich auf diese Reformen im voraus eingestellt hat. Man kann ein Volk nicht beglücken mit Ideen, die sich im Bewußtsein noch nicht eingelebt haben! Ich leite daraus das Recht her, mich frei zu fühlen von irgendwelchen wirtschaftlichen Vorurteilen, und das Amt, das mir übergeben ist, von rein sachlichen Grundsätzen aus zu führen. Positiv hat mich bestimmt, dieses Amt zu übernehmen, erstens der Gedanke, in ein Kabinett einzutreten, das der Reichstanzler gestern als ein Kabinett der Versöhnlichkeit bezeichnet hat. Es ist endlich an der Zeit, die Wege zu finden, die uns mit der Welt wieder zusammenbringen! Ich weiß, daß diese Politik von unserem Reichstanzler verfolgt wird. Ich wäre nicht in eine Kombination eingetreten, von der ich nicht die Überzeugung hätte, daß sie mit allen Kräften entschlossen ist, diese Wege der Verständigung zu gehen. Das sage ich innerlich und außerhalb der Grenzen des Landes. Zweitens hat mich die Überzeugung bewogen, daß Frankreich den Wiederaufbau will. Viele haben mir erklärt: Seien Sie vorsichtig — der französische Wiederaufbau ist nicht ernst! Ich habe mich davon überzeugt, daß er ernst ist. Es ist für jeden von uns überaus schwer, in der Lage der Bedrückung und der Schmerzen, in der wir uns befinden, objektiv zu bleiben. Wer aber Frankreichs Gegenüberstand sein will, muß Frankreich gegenüber diese Objektivität beweisen. Diese Objektivität besteht darin, daß wir festzustellen haben, daß Frankreich seinen Wiederaufbau deshalb wollen wird, weil es überaus schwer unter dem Kriege gelitten hat. Es ist Tatsache, daß 3,3 Millionen Hektar in Frankreich zerstört sind; 370 000 Häuser sind beschädigt; 300 000 vollkommen zerstört. Es ist Tatsache, daß die Schuld Frankreichs 83 Milliarden äußere Anspannung in Gold und 223 Milliarden innere Anspannung beträgt, daß es eine Passivität der Handelsbilanz mit 13 Milliarden hat (Abg. Dr. Helfferich (D. Nat.): gehabt hat!) Sehr wichtig! Aber ein Land, das sich in dieser Lage befindet, will den Wiederaufbau und wird ihn auch wollen mit uns. Daß Frankreich heute schon sehr beachtenswerte Anstrengungen gemacht hat, um mit diesem Aufbau Ernst zu machen, ergeben die Zahlen, die den Stand dieser Arbeiten kennzeichnen. Es ist dem französischen Wiederaufbauministerium gelungen — und das ist eine bedeutende Leistung — von den Kohalbahnen und Brücken 60 Prozent wiederherzustellen, von der Landwirtschaft 50, von den Fabriken 30 bis 40 Prozent, von den Häusern allerdings nur 2,5 Prozent. Die Wichtigkeit erfordert, festzustellen, daß das eine Recht ist, das wir

Frankreich große Leistung ist. Der Wiederaufbauwille besteht also tatsächlich. Aus den Verhandlungen der letzten Tage glaube ich entnehmen zu dürfen, daß der sehr ernste Wille besteht, den Wiederaufbau auch mit uns zu betreiben. Wenn aber der Wiederaufbau gemollt wird von der einen Seite, sind wir verpflichtet ihn zu leisten, und damit komme ich zu den Worten, die Seine Excellenz Herr Eber von Braun mir persönlich gewidmet hat. Seine Excellenz (Seiterleit. Zurufe: Hier gibt es keine Exzellenzen!) Es ist das erste Mal, daß ich mich vor Ihnen verpfehle, meine Herren! (Seiterleit.) Herr Abgeordneter von Braun hat hier einen Aufsatz verlesen, der enthält, was ich Ihnen auch ohne seine Vorlesung gesagt hätte: daß ich nämlich die schwersten Bedenken gegen die Unterzeichnung des Ultimatums gehabt habe. Dem Herrn Reichstanzler und den übrigen Mitgliedern des Kabinetts ist das bekannt. Aber weshalb ich diese Bedenken gehabt habe, das hat Ihnen Herr von Braun nicht gesagt. Er hat nicht gesagt, daß ich nicht die 25 Milliarden-Bahn angegriffen habe, sondern die Indeziffer. Dieser Augenblick halte ich allerdings nach wie vor für den falschesten und unrichtigen, der überhaupt gewählt werden konnte, und ich bin fest überzeugt, daß sich schon im Auslande die gleiche Erkenntnis Bahn bricht, daß dieser Augenblick ebenförmig im Interesse der Gegenseite wie in unserem Interesse liegt. Wenn es nicht die Pflicht eines jeden ist, im Verhandlungskampfe zu warnen, bevor ein Unglück geschieht, dann weiß ich nicht, was eine ehrliebe Überzeugung ist. Wenn man gewarnt hat und nachträglich die Dinge geschehen sind, soll man sich dann zurückziehen und schmollen und sabotieren? Sie (nach rechts) sitzen ja auch hier, nachdem Versailles geschehen ist! (Abg. Schiele (D. Nat.): Es bleibt uns ja nichts anderes übrig! (Stürmische Seiterleit.) Ich glaube vielmehr, daß Sie aus demselben Grunde hier sind wie wir alle, um dem Lande zu dienen, und wir dienen dem Lande nach wie vor Versailles, nach wie vor dem Ultimatum. Wer daraus, daß er eine Maßnahme für falsch erklärt, die Konsequenzen zieht, sich schmollen zurückziehen und dem Lande nicht mehr zur Seite zu stehen, dessen Haltung verheißt ich nicht! (Zuruf: Aber er braucht nicht in die Regierung zu gehen!) Gerade in die Regierung muß er gehen, wenn sich kein anderer findet, und wenn er glaubt, diese Aufgabe erfüllen zu können! Und wenn der Tag kommt, wo Sie die Verantwortung wieder übernehmen, werden Sie es ebenso erleben, daß Ihnen Vorwürfe gemacht werden! Die Überzeugung von der Notwendigkeit der Erfüllung überkommener Verpflichtungen kommt aus meinem wirtschaftlichen Leben. Der Kaufmannsstand in der ganzen Welt beruht auf Vertrauen. Das Symbol ist die Unterschrift. Wenn ein Papier die Unterschrift meines Namens oder meines Volkes trägt, dann verleihe ich sie als die Ehre meines Landes. Ich halte die Forderungen für erfüllbar, wenn wir wollen. (Nach rechts und Zurufe: Sie haben schon das Gegenteil gesagt!) Es ist eine Frage, wie weit man sich in Not begeben kann, um sie zu erfüllen. (Zurufe rechts: Sie sind absolut unerfüllbar!)

Dieser Begriff existiert überhaupt nicht: Eine unerfüllbare Zeit gibt es nicht. Es handelt sich lediglich darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen kann. Die zwei Milliarden habe ich niemals für unerfüllbar gehalten. Die Unerschlichkeit liegt in der Härte des Indez und diese Härte kann gemildert werden. Wenn man etwas sehr Schweres vor sich hat, dann muß man sagen: Ich will es unter allen Umständen! Die Wechobentische Frage beginnt mit der Frage: Was ist sein? — und sie hängt am Schluß aus: Es muß sein! Wer sich dazu nicht aufschwingt, der wird immer nur mit halbem Willen an die Aufgabe herantreten. So schwer diese Leistungen auch sein mögen — nach ihnen wird sich das Vertrauen bemessen, das wir in der Welt wiedergewinnen müssen. Die Welt besteht nicht zu hundert Prozent aus Chauvinisten; die Welt enthält genug objektive Menschen. Millionen von Augen richten sich in diesem Augenblick auf Deutschland und fragen: Was wird Deutschland machen? Wird es tatsächlich ein Land der Erfüllung harter Schuld werden oder nicht? Ich halte es für notwendig, eine Aufgabe zu erfüllen, die eine Weltaufgabe schlechthin ist. Es besteht diese Wunde am Körper Europa-Anfortas. Nur durch den Speer, der sie geschlagen hat — nicht früher — wird der Friede in die Welt kommen, wird sie sich schließen. Sie wird das Symbol sein für das veränderte Verhältnis der Völker zueinander. Daher handelt es sich nicht nur um die Erfüllung eines wirtschaftlichen Versprechens, sondern um eine autonome, auf sich gestellte Aufgabe, bei der es nicht darauf ankommt, wie sie entstanden ist, sondern darauf, daß sie da ist und daß sie erfüllt werden muß. Diese Aufgabe enthält nichts Trennendes für unsere Parteien, Berufe und Stände. Zu dieser Aufgabe sind schlechthin alle in Deutschland berufen. Wir brauchen die Mitwirkung des Arbeiters, des Industriellen, des Landwirtes und des allen deutschen Handwerks. Nicht für den Mann erbitte ich Ihre Hilfe, sondern für das Werk. Das Werk muß sein! (Lebhafte Beifall.)

Badische Übersicht.

* Badische Wochenrückblicke.

Finanzminister Köhler über Besoldungs- und Kleinrentnerfragen.

Die Einreichung der Stadt Karlsruhe in die Ortsklasse B hat bekanntlich in der letzten Woche zu einer Massenforderung der Karlsruher Beamtenenschaft geführt, bei der auch der Regierungsbektrere dem Standpunkt der Versammlung beifolgte, daß die jetzige Ortsklasseneinteilung nicht zu billigen sei.

Dieser Standpunkt kam auch in einer Rede zum Ausdruck, die Finanzminister Köhler auf einer Versammlung des Bezirksverbandes Karlsruhe der katholischen Arbeitervereine hielt u. in der er entschieden die Notwendigkeit betonte, daß die Frage der Besoldung der Staatsbeamten in der aller-nächsten Zeit einmal zum Abschluß gebracht werde und daß zu diesem Zwecke auch die Angelegenheit der Ortsklasseneinteilung mit aller Beschleunigung und endgültig gelöst werde. An Stelle des jetzigen Systems der Ortsklasseneinteilung, das unbedingt abzulehnen ist, will der Minister ein anderes gesetzt sehen, in welchem die Zahl der Ortsklassen auf drei herabgesetzt ist, von denen die erste nur wenige, ganz teure Plätze, die zweite alle übrigen Städte und Gemeinden und die dritte die allerbilligsten Dorfgemeinden umfassen soll; dabei soll die Einteilung nicht nach einzelnen Plätzen, sondern nach Territorien erfolgen. Diese Meinungsäußerung aus kompetentestem Munde hat in der Beamten- und Arbeiterschaft lebhaftestem Ernennung ausgelöst, die noch durch die Tatsache verstärkt wird, daß Minister Köhler auf die schleimige Erledigung der für unsere gesamte Beamtenenschaft so dringend wichtigen Angelegenheit besonderes Gewicht legt und daß er ferner die Absicht ausspricht, sich sowohl für die erwähnten Abänderungen als auch für die Abschaffung der Staffellung der Leutenrungs- und Kinderzuschläge auf der Berliner Finanzministerkonferenz kräftig einzusetzen.

Mit dankbarer Freude wird man in den Kreisen der Kleinrentner lesen, was der Finanzminister bei dieser Gelegenheit über das Problem der Besoldung des Postamtes sagte, unter dem gerade diese Kreise zu leiden haben. Aus dem Wiederaufbau des Postamtes, das durch die

einmal aus dem Stadium der Erwägungen herauskommen müßte, will der Minister auch hier positive Arbeit leisten und dem Landtag eine Vorlage unterbreiten, der der Gedanke zugrunde liegt, den Kleinrentnern die Abtretung ihres Vermögens eine Rente auf Lebenszeit zu bezahlen. Voraussetzung dabei ist, daß nicht das Reich von sich aus die Sache annimmt, was naturgemäß besonders vorteilhaft wäre, weil sich die Regelung dann auf einen weit umfassenderen und größeren Personenkreis erstrecken würde.

Die Gründung der Redar-A. G.

zum Bau des Redarkanals von Mannheim bis Flochingen ist nunmehr vollzogen worden. Am 1. d. Mts. fand der Gründungsakt in Stuttgart statt. Das Grundkapital beträgt 350 Millionen Mark, als Teilhaber figurieren das Reich mit 160 Mill., Württemberg nebst den würt. Amtskörperschaften, Gemeinden usw. mit 18 Millionen Mark, Baden und öffentlich-rechtliche Körperschaften dieses Landes mit 17,5 Mill. Mark, Oesterreich und öffentlich-rechtliche Körperschaften dieses Landes mit 2,5 Millionen Mark. Damit ist ein neuer, entscheidender Schritt zur Verwirklichung des großen und für die wirtschaftliche Entwicklung Süddeutschlands bedeutungsvollen Projektes getan. An der Genehmigung der gesetzgebenden Körperschaften zur Beschaffung der erforderlichen Mittel ist nicht zu zweifeln. Zweck der Gründung ist die Errichtung von Schiffbau- und Werftbetrieben, die die Finanzierung des großen Unternehmens in der Hauptsache als gesichert gelten kann, darf nunmehr auch mit der alsbaldigen energischen Inangriffnahme der eigentlichen Ausführungsarbeiten (denen bekanntlich im Rahmen der Erwerbslosenfürsorge bereits gewisse Vorarbeiten vorausgingen), gerechnet werden.

Ein Beitrag zur Theaterfrage.

Bekanntlich haben die größeren badischen Städte ganz erhebliche Zuschüsse zur Deckung der Fehlbeträge ihrer Theater zu leisten. Die Landeshauptstadt muß zu diesem Zwecke rund 2 Mill. aufbringen. Mannheim entrichtet nach dem Haushaltsplan 1921/22 rund 4 Mill. Der Bürgerausschuß in Heidelberg hat zur Deckung des Defizits des Stadttheaters in den Rechnungsjahren 1921/22 u. 1922/23 je 250 000 M. bewilligt. In Konstanz erforderte das Stadttheater für die vom Oktober 1920 bis Ende April 1921 dauernde Spielzeit einen Zuschuß von 158 500 M., in Freiburg beträgt der Fehlbetrag für das Rechnungsjahr 1920/21 nahezu 3 Millionen Mark.

In Hinblick auf diese Zahlen und angesichts der leeren Häuser bei manchen guten, künstlerisch wertvollen Aufführungen kann man einen Teil der Bevölkerung den Vorwurf einer betrüblichen Interesslosigkeit am kulturellen Leben unserer Städte nicht erparen.

Wir wissen, daß mancher für seine Person diesen Vorwurf ablehnen wird, da er der Meinung ist, von seinem Einkommen laum den notwendigen Lebensbedarf, geschweige denn noch Kunstbedürfnisse wie Theaterbesuch, Bücherkäufe u. a. bestreiten zu können. Gegen jene, bei denen diese Abzehrung tatsächlich berechtigt ist, wenden sich diese Zeilen nicht. Wohl aber gegen diejenigen, die sich bei genauer Prüfung fragen müssen, daß sie bei aller Einschränkung immer noch eine Reihe von Ausgaben als ganz selbstverständlich betrachten, die bei nicht zu einseitiger, aufs Materielle eingeschränkter Denkart sehr wohl zugunsten geistiger Bedürfnisse beschnitten werden könnten. Es braucht nur an die vor einiger Zeit an dieser Stelle von uns aufgestellte Berechnung erinnert zu werden, nach der z. B. allein in Karlsruhe bei niedriger Einküpfung täglich 50 000 M. in Form von Zigaretten, Zigaretten und Pfeifentabak buchstäblich in die Luft geblasen werden. Diese 50 000 M. täglich bedeuten 18 Millionen im Jahr — neunmal soviel als der städtische Theaterzuschuß beträgt. Dieselben Leute aber, die täglich ihre 2—3 M. verpassen, behaupten dies, das Geld für einen ein- bis zweimaligen Theaterbesuch im Monat nicht aufbringen zu können.

Von anderen wieder werden die hohen Eintrittspreise ins Feld geführt. Dem kann eine Auslastung des Intendanten des hiesigen Stadttheaters in einer dortigen Zeitung entgegengehalten werden, in der es u. a. heißt: „Wenn man sieht, welche Unsummen täglich für Nahrungsmittel, wie Apfelsinen, vorausgibt werden, welche Unmengen von teuren Schnäpsen täglich in den Feinlokalen verkauft werden, so liegt es nahe, die Preise des Theaters an diesen jedenfalls nicht unbedingt lebenswichtigen Dingen zu messen. Dabei ergibt sich, daß der Betrag auf eine Apfelsine bereits den Besuch einer größeren Oper ermöglichen würde. Eine mittlere Zigarette läßt sich umsofort zu einer Eintrittskarte zum „Gaiety“ umwerten. Eine Tafel Schokolade bedeutet schon die Möglichkeit ausgezeichneter Plätze in den vordersten Reihen zu laufen.“

Zugegeben, daß die Theaterpreise in alle vielleicht besonders niedrige sind, in gewissem Maße treffen die hier wiedergegebenen Sätze auch auf die Verhältnisse in unseren badischen Städten zu. Selbst in Karlsruhe kann man für weniger Geld, als eine Tafel Schokolade kostet, einer Aufführung des „Gaiety“, des „Fiasco“, des „Lannhäuser“ beiwohnen, wenn auch nicht auf dem vordersten Speersitz, so doch noch auf sehr guten Plätzen im zweiten oder dritten Rang. Es bedarf nur eines

Verzichts auf im Grunde Entbehrliches, um nicht allein etwas für seinen inneren Menschen, sondern zugleich auch etwas für die Erhaltung der Theater, dieser gerade heute so dringend nötigen wichtigen Kultur- und Bildungsstätten, zu tun.

Badischer Landtag.

Das Grund- und Erwerbsteuergesetz in 1. Lesung fertiggestellt.

(Von unserem parlamentarischen Mitarbeiter.)

In mehrwöchigen Beratungen hat der Haushaltsausschuß des badischen Landtages nunmehr das badische Ertragsteuergesetz, dem man jetzt die zutreffende Bezeichnung Grund- und Erwerbsteuergesetz verliehen hat, fertiggestellt. Es ist eins der kompliziertesten und schwierigsten Gesetze, die je dem Landtag vorgelegen haben. Denn es war das bisher in Geltung befindliche Vermögenssteuergesetz, entsprechend den veränderten Besitzverhältnissen in Baden, grundlegend umzugestalten. Eine Unmenge Fragen wurden aufgeworfen, so die Gestaltung und Abgrenzung des Grundbesitzbegriffes, die schon frühere Landtage ganz eingehend beschäftigte, die Besteuerung des gewerblichen und des landwirtschaftlichen Betriebsvermögens, die Höhe dieser Besteuerung, der Steuerfuß im allgemeinen, die Reueinschätzung der Liegenschaften, das Besteuerungsrecht der Gemeinden, des Gärteparagrafen usw., kurz viele Steuerprobleme, die ihrer ganzen Natur nach zu gründlichen Erörterungen Anlaß gaben und die politischen und wirtschaftlichen Anschauungen der Parteien hart aufeinander stoßen ließen.

Gleichwohl wurde schließlich in den wichtigsten Punkten eine vorläufige Abereinbarung erzielt. Dabei ist nicht ausgeschlossen, daß bei der 2. Lesung dieses Gesetzentwurfes noch Änderungen erfolgen. Berichterstatter ist Abg. Behner; er wird zunächst dem Beschluß des Haushaltsausschusses nachkommen und einen schriftlichen Bericht verfassen.

Mit dem Grund- und Erwerbsteuergesetz hängt eng zusammen das sog. Verteilungsgesetz. Auch darüber wurde eine nochmalige Aussprache gepflogen, die sich vor allem um die Verteilung des persönlichen Schulaufwandes auf den badischen Staat und auf die Gemeinden drehte. Diese Debatte wird am Montag nachmittag im Haushaltsausschuß fortgesetzt.

Über die Geschäftspläne der Landtage ist zu bemerken, daß, wie schon mitgeteilt, am Montag, den 13. Juni, wiederum eine öffentliche Sitzung stattfindet, welche die Verlängerung des Grundstückssteuergesetzes zu beschließen und andere kleinere Vorlagen zu erledigen hat. In der Verfassungskommission wird am nächsten Mittwoch die Vorberatung des Grundstückssteuergesetzes stattfinden. Auch die Gemeindeordnung und das Fürsorgegesetz sollen demnächst erledigt werden. Der noch zu bewältigende Arbeitsstoff des badischen Parlaments ist sehr groß; es dürfte jetzt schon feststehen, daß der Landtag vor Ende Juli seine Beratungen nicht zum Abschluß bringen kann.

Die Tagesordnung der 42. Sitzung am Montag, den 13. Juni 1921, nachmittags 3 Uhr, weist neben der Anzeige neuer Eingänge folgende Gegenstände auf:

1. Bericht des Verfassungsausschusses und Beratung des Gesetzentwurfes über die Änderung des Gesetzes vom 15. April 1919 über den Verkehr mit Grundstücken und damit in Verbindung über das Gesetz des Schutzverbandes für deutschen Grundbesitz um Aufhebung dieses Gesetzes, Berichterstatter Abg. Dr. Bernauer;
2. Beratung des Antrags der Abg. Weisshaupt u. Gen., die Mietpreise für bebauten und unbebauten Lagerplätze auf den badischen Bahnhöfen betr.;
3. Begründung und Beantwortung der förmlichen Anfrage der Abg. Rauf u. Gen., dienstliche Verechtigungen durch Beamte des Amtsgerichts Adelsheim betr.

Neuregelung des Lohnabzugs.

Man schreibt uns: Die neuerdings durch die Tagespresse gehenden Mitteilungen über eine geplante Neuregelung des Steuerabzuges vom Arbeitseinkommen bedürfen einer Ergänzung und Nachbesserung. Tatsache ist, daß die Finanzverwaltung beabsichtigt, die Besteuerung des Arbeitseinkommens demnächst auf eine andere Grundanlage zu stellen, und zwar soll versucht werden, eine vereinfachte Handhabung des Abzugsverfahrens möglichst schon ab 1. Juli 1921 eintreten zu lassen. Es handelt sich im wesentlichen darum, das bisherige Verfahren, das bei allen Lohn- und Gehaltsempfängern eine spätere Abrechnung (Re-

chnung) bedingt, in die endgültige Abrechnung der Steuerpflicht für das Arbeitseinkommen gleich an der Quelle (bei der Lohnauszahlung) umzuwandeln. Die Vorverhandlungen, zu denen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerkreise hinzugezogen wurden, stehen gutem Fortschreiten nach vor dem Abschluß, und es wird in der allernächsten Zeit eine Novelle zum Einkommensteuergesetz den gesetzgebenden Körperschaften zugehen.

Durch die vereinfachte Besteuerung des Arbeitslohnes soll erreicht werden, daß bei Arbeitseinkommen unter 24 000 Mark (Lohn oder Gehalt einschließlich aller Nebenbezüge) keine Veranlagung mehr nötig sein wird. Das wird schon deshalb leicht erreicht werden, weil die gesetzlichen Versicherungsbeiträge, weiterhin die sich aus § 18 des Einkommensteuergesetzes ergebenden steuerfreien Kosten (z. B. Lebensversicherungs-, Sterblichkeitsbeiträge, Beiträge für Berufsvereinigungen usw.) und die sogenannten Werbungskosten (Zahrgeld, Arbeitsleistung usw.) in Zukunft mit einem Pauschalbetrag — voraussichtlich 1800 Mark jährlich — abgegolten werden sollen. Eine Veranlagung wird dann nur noch erforderlich sein, wenn dieser Pauschalbetrag wesentlich überschritten wird, oder wenn ein Arbeitnehmer durch besondere wirtschaftliche Notstände, wie Krankheiten in der Familie, Unfälle usw. in mißliche Verhältnisse geraten ist.

Eine weitere Erleichterung für Lohn- und Gehaltsempfänger ist in Fällen geplant, in denen mittellose Angehörige vom Arbeitnehmer unterhalten werden müssen. Für diese wird gleichfalls ein bestimmter Betrag von der Steuer in Abzug gebracht werden können.

Über die Sätze für Werbungskosten, persönliche Steuerfreiheit (das bisherige steuerfreie Existenzminimum) usw. läßt sich vor Abschluß der Beratungen nichts endgültiges sagen. Im wesentlichen dürfte aber die Höhe der bisherigen Sätze unverändert bleiben. Die geplante Umstellung des Abzugsverfahrens besteht also lediglich darin, daß nicht mehr vom Einkommen (Lohn oder Gehalt) entsprechende Teile vom Abzug befreit werden, sondern daß von jedem Bruttoverdienst zunächst 10 Prozent errechnet und von diesem Betrag die durch die Novelle festzusetzenden Abzüge (d. h. die steuerfreien Teile) gekürzt werden.

Die bisher dem Arbeitgeber obliegende Feststellung, welche Beträge vom Lohn oder Gehalt abzugsfrei zu belassen sind, fällt künftig fort. Das wird in Zukunft Sache der Behörde sein. Dem Arbeitgeber wird künftig nur der glatte Betrag des Abzuges bekannt gegeben werden, den er von dem 10-prozentigen Lohnanteil abzusetzen hat.

Über die Einzelheiten des Verfahrens näheres mitzuteilen, ist im gegenwärtigen Stadium nicht möglich. Soviel steht jedenfalls fest, daß für alle Beteiligten (Behörde, Arbeitgeber und Arbeitnehmer) durch die Neuregelung des Lohnabzuges wesentliche Erleichterungen erstrebt und aller Wahrscheinlichkeit nach auch erzielt werden. Die auf diese Weise ersparte Arbeitskraft wird, was in Zeiten härtester wirtschaftlicher Anspannung besonders notwendig erscheint, zur besseren Erhaltung der Einkommen der freien Berufe verwendet werden können.

Kurze Nachrichten aus Baden.

Verkehrssperre.

Die Annahmesperre für Sendungen nach Stationen des Eisenbahndirektionsbezirks Ludwigshafen ist aufgehoben.

* Waffensund: Aus Lauda geht dem „Volksfreund“ folgende Meldung zu: Auf dem dem Hauptmann a. D. Wittmer gehörenden Hofe Seligental wurde eine Suche nach Waffen vorgenommen. In einem vermauerten Keller wurden über tausend Gewehre und eine Anzahl Maschinengewehre gefunden.

DZ. Baden-Baden, 2. Juni. Aus der Heilanstalt Illenau ist vor einigen Tagen der dort internierte Student Engelhorn entwichen. Er hat sich aber inzwischen in der Freiburger Universitätsklinik gemeldet und konnte nach Illenau zurückgebracht werden.

Aus der Landeshauptstadt.

Schicksals Marionettentheater weilt zurzeit auf dem hiesigen Neuplatz. Dem Unternehmen geht ein ausgezeichneter Ruf voraus. So heißt es in einem Bericht aus Hannover u. a. r. „Es ist wirklich bewundernswert und steht sicher konkurrenzlos da, was bei Schicksal auf diesem Gebiete vorgeführt wird. Tischen mit Beifallstößen, heller Jubel mit Zwischenrufen lobten die prächtigen Aufführungen. Aber nicht allein die jugendlichen Zuschauer amüsierten sich aufs köstlichste, auch die Erwachsenen werden befriedigt.“

z. Zirkus Blumenfeld. Das auch bei uns bestens bekannte große Zirkusunternehmen, welches z. B. in Mannheim unter größtem Beifall gastiert, kommt ab 11. Juni abermals für kurze Zeit nach Karlsruhe. Das gesamte Künstlerpersonal ist neu engagiert. Wer den Zirkus Blumenfeld kennt, weiß genau, daß seine Darbietungen ebenso reichhaltig wie gewohnt sind. Als Auffstellungsplatz des Zirkus ist der Platz des Fußballclubs Hertha an der Karlstraße in Aussicht genommen.

Landestheater.

„Meister Guido.“

Je öfter man die geistvolle, mit wundervoll lebendigen Zügen und prächtigem Humor ausgestattete, musikalisch formkühne und liebenswürdige Oper hört, desto wertvoller muß einem dieses Werk Hermann Kneffs erscheinen, dessen Aufführung sich das Karlsruher Landestheater als eine seiner verdienstvollsten Taten seit Notis Zeiten anrechnen darf. Auch die gestrige, von Wilhelm Schwegler geleitete Aufführung konnte, obwohl es namentlich im ersten und zweiten Akt gelegentlich Momente gab, die den Verdacht wachrufen mußten, daß wieder einmal mit den nötigen Proben gespart worden sei, diesen Eindruck nur bestätigen. Die Besetzung war zum größten Teil diejenige der früheren Aufführungen. Herr Schäffel gab die Titelrolle mit stimmungsvollem Wohlklang, darstellerisch mit Frische, Humor und vornehmem Aufwand, Edith Rott-Sajó die Amata mit all dem bezingenden Charme ihrer feinen Darstellungsweise und dem Zauber ihrer zu Herzen gehenden und feinen Gesangsart. Ausgesprochen war der Graf Max Düllners. Der Maler Masca ist nach und nach eine der besten Gestalten Franz Scherwads geworden, auch der Subacante des Herrn Malh. Motta war eine gefanglich und darstellerisch befriedigende Leistung. Neu war Fr. Lofetti als Giannetta, gefanglich noch nicht sicher genug, übertrugste die junge Künstlerin durch eine Anzahl hübscher, schalkhaft-natürlicher Züge in ihrem Spiel, die ihr vor allem im letzten Akt die Sympathien der Zuschauer gewannen. Die Szenen des ersten Aktes müssen noch besser durchgearbeitet werden. Mit guter Stimme und wirksamem darstellerischem Humor gab Karl Kaman ebenfalls zum erstenmal den Weinwirt Bonifazio. Auch die übrigen Darsteller, Frau Josef-Lomjill als Kammergöge, Gottfried Hagedorn als Donati, Sanetta Derms-

dorf als Gräfin, Hildegard von Fabel als schöne Griseida — das Werk hat eigentlich lauter „Mollen“ —, sowie das Orchester und der Chor boten, wenn man von den eingangs angebotenen Momenten der Unsicherheit abliest, durchweg gute Leistungen. Das Publikum unterhielt sich köstlich und gab seiner Befriedigung immer wieder durch herzlichen Beifall Ausdruck. E. Kuf.

Volkstümliches Konzert.

Auch das Programm des letzten Volkstümlichen Konzerts am Montagabend in der Festhalle war wie das vorletzte mit Weber, Schumann, Hugo Wolf und Liszt ganz auf romantische Musik eingestellt. Eingeleitet wurde der Abend mit einer Festouvertüre von Aug. einer ganz ansehnlichen Komposition, mit rauschenden Klängen einherpolzierend, prunkhaft aufgeputzt mit Trompetenfanfaren, aber ohne musikalische Feinheit gearbeitet. Einen öffentlichen Genuß bereitete der Vortrag nicht. Dagegen konnte man Webers melodierichem Marinettenkonzert mit großer Freude lauschen. Herr Spranger spielte den Solopart nicht nur mit großer technischer Gewandtheit, leicht und flüssig, er wußte seinem Instrument auch so viel feilisches Leben einzubringen, daß die Wiedergabe nicht im Virtuosenhaften stecken blieb, sondern darüber hinaus dem Hörer durch innere Werte festsetzte. Schumanns Demoll-Einführung war von hinreichendem Schwung getragen. Nur die Details ließen Sorgfalt vermissen. Die bestridende Romanze von Hugo Wolfs „Eisenlied“ wurde von Frau von Ernst, die das Sopranolo mit grazioser Leichtigkeit vortrug, zusammen mit dem Frauenghor des Landesleiters sehr fein herausgebracht. Einen passenden Abschluß des Abends bildeten „Les Préludes“ von Liszt. Der Wechsel erfrischte und heiterer Bilder in dem Volkstümlichen Konzert hat auch heute noch seine Wirkung, zumal die In-

terpretation alle Effekte in grelle Beleuchtung hob. Unser Orchester spielte mit zündendem Temperament und durfte stürmischen Beifall einheimen. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Man wird nächstes Jahr darauf achten müssen, daß die Konzerte spätestens vor Beginn der warmen Jahreszeit absolviert sind. Hugo Koller.

Kirchenkonzert.

Der Motettenchor hatte für sein letztes Kirchenkonzert ein ebenso gebiegenes wie reichhaltiges Programm gewählt, das den zahlreichen Besuchern Gelegenheit bot, eine Reihe nur zu selten aufgeführter Kompositionen aus den an Zahl und Mannigfaltigkeit schier unerschöpflichen Schätzen älterer und neuerer Kirchenmusik kennen zu lernen. So bekam man u. a. ein mit hervorragender Kunst gefachtes achttimmiges Crucifixus von Antonio Lotti, vier interessante und tiefempfundene altkirchliche Lieder, darunter Guldreichs Hymnus „Vater, eine Bitte aus großer Not, für einstimmigen Chor, Orgel und Harfe, bearbeitet von Arnold Mendelssohn, weiter die Motette op. 23 Nr. 8 von Mendelssohn-Bartholdy „Mitten wir im Leben sind“, eine Negermotette und zwei Brahms'sche Choralvorspiele zu hören. Unter der klügeren Leitung Dr. Poppens wurden die Werke durch den ausgezeichneten disziplinierten Chor in ausdrucksvoller, in Dynamik und Betonung klar und sauber ausgeführter Wiedergabe zu Gehör gebracht. Als Solistinnen wirkten unsere treffliche heimische Geigerin Fr. Margarete Schweitzer, die u. a. eine Sonate von Jean Marie Reclair mit schönem Ton, sicherer Technik und lebendigem Ausdruck spielte, und Fräulein Germinie Reich-Geidelberg mit, die sich in Stücken von Bach, Brahms u. Reger als Organistin von guter Schulung u. künstlerischem Geschmack erwies. —

Sonntag, den 3. Juni:
Landestheater. Carmen | **Konzerthaus. Altheidelberg.**
 8 - 1/10 Uhr. Mk. 20. — 7 bis 1/2 Uhr. Mk. 11. —

GALERIE MOOS
 187 Kaiserstraße 187 R.16
SONDERAUSSTELLUNG
Alexander Soldenhoff
 Graphik von O. GOETZE
JUNI 1921. R.296

Schichtl's
Marionetten-Theater
 Meßplatz
 (Bitte genau auf Firma achten!)

Marionetten-Spiele
 außerdem: R.297
erstklass. Artisten

Anfang der Vorstellung:
 3 1/2, 5, 6 1/2, 8 und 9 1/4 Uhr.

Feines Spezial-
Damen- oder Herrenwäsche-Geschäft
 in nur bester Lage zu kaufen gesucht.
 Offerten unter K. 291 an die Exped. d. Karls. Zeitung.

Erich Bühler
 Bank-Geschäft
 Kreuzstraße Nr. 4, am Marktplatz
 empfiehlt sich zur Ausführung von
Bank-Geschäften jeder Art
 zu den billigsten Sätzen. K.271
 Konto-Korrent- u. Scheckverkehr, Annahme u. bestmögliche Verzinsung v. Spargeldern je nach Kündigungsfrist, kurzfristige Darlehen gegen Sicherheit, An- und Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere, Kupons und Noten.
 Fachmännische Auskunft u. Beratung — in allen Geld-Angelegenheiten. —

Zur Messe eingetroffen
 gegenüber der Achterbahn R.298

Schmidt's bekanntes und beliebtes
Münchener Künstler-
Marionettentheater

Deutschlands größte und vornehmste Familienschau. Ohne Konkurrenz in Aufnahme und Leistung. Eigene elektrische Lichtanlage. Theater-Kapelle.

Neues Weltstadtprogramm

Schmidt's Original-Künstler-
Marionetten-Spiele
 Die kleinsten Sänger, Tänzer, Akrobaten und Clowns.

Max und Moritz
 die kleinen unübertrefflichen Seilakrobaten. Arbeiten auf freier Bühne ohne jed. Hilfe, ein techn. Rätsel. Zum ersten Male in Karlsruhe.

Zu jeder Vorstellung Auftreten des
Zauberkönigs Rohey Belachini jr.

Als Einl.: Märchenspiele, Pöcol-Komödien, Ruth Ralmond mit ihren amüsanten Serpentin- und Flammen-Tänzen etc.

Tägl. Anf.: 4, 5 1/2, 7 1/2 und 9 Uhr.

Rheinische Creditbank
in Mannheim.

Fünfzigste ordentliche
General-Versammlung
 am **Dienstag, den 28. Juni ds. Js., vormittags 11 1/2 Uhr**, im Gebäude der Bank, wozu wir die Herren Aktionäre einladen.

Tagesordnung:
 1. Vorlage der Bilanz auf 31. Dezember 1920 mit Berichten der Direktion und des Aufsichtsrats,
 2. Entlastung der Direktion und des Aufsichtsrats,
 3. Festsetzung der Dividende,
 4. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern,
 5. Abänderung des Gesellschaftsvertrags in folgenden Punkten:
 Art. 24 Wahlperiode des Aufsichtsrats,
 Art. 28 Befugnisse des Aufsichtsrats bei Anstellung oder Entlassung von Beamten,
 Art. 39 und 40 Gewinnverteilung und Reserven.
 Zur Ausübung des Stimmrechts ist jeder Aktionär berechtigt, welcher die Aktien spätestens am fünften Tage vor der Versammlung bei der Gesellschaft oder bei einer der nachstehend bezeichneten Stellen oder bei einem Notar vorzeigt.
 Eintrittskarten zur Generalversammlung sind erhältlich: bei unserer Bank und ihren sämtlichen Zweigniederlassungen, bei der Mannheimer Bank A.-G., bei der Pfälzischen Bank Filiale Mannheim und bei der Süddeutschen Bank, Abteilung der Pfälzischen Bank; in Berlin bei der Deutschen Bank und bei Herrn S. Bleichröder; in Frankfurt a. M., Hamburg, München bei den Zweiganstalten der Deutschen Bank; ferner in Frankfurt a. M. bei dem Bankhaus M. Hohenemser, bei der Deutschen Vereinsbank und der Pfälzischen Bank Filiale Frankfurt; in München bei der Pfälzischen Bank Filiale München; in Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank; in Baden-Baden bei Herren Carl T. Hermann & Co.; in Neustadt a. H. bei der Pfälzischen Bank Filiale Neustadt und bei Herrn G. F. Grohé-Henrich; in Saarbrücken bei Herren G. F. Grohé-Henrich & Co.; in Freiburg i. B. bei Herrn J. A. Krebs; in Basel und Zürich bei der Schweizerischen Kreditanstalt.
 Mannheim, den 31. Mai 1921. K.295
Der Aufsichtsrat.

Frankfurter
Rückversicherungs-Gesellschaft

67. (63. ordentliche) General-Versammlung.
 Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Montag, den 27. Juni d. J., vormittags 11 Uhr**, im Geschäftsgebäude der Gesellschaft, Kleiner Kirchgraben Nr. 14 in Frankfurt a. M. stattfindenden **67. (63. ordentlichen) General-Versammlung** eingeladen.

Tagesordnung:
 1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Berichts des Aufsichtsrates und der Revisoren über die Jahresrechnung und Vermögensaufstellung, Beschlussfassung über die Vermögensaufstellung, die Gewinnverteilung und die Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
 2. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
 3. Wahl der Revisoren und Ersatzrevisoren.
 Die Aktionäre wollen sich behufs Teilnahme bis spätestens den 24. Juni d. J. unter Angabe der auf ihren Namen in dem Aktienbuch eingetragenen Aktien in den Geschäftsräumen der Gesellschaft anmelden und die hiernach auszufertigenden Eintrittskarten in Empfang nehmen.
 Die Anmeldung und Empfangnahme der Eintrittskarten kann auf Wunsch von Aktionären auch durch Vermittlung der Sektion des „Deutschen Rhönig“ in Karlsruhe geschehen. K.289
 Frankfurt a. M., den 31. Mai 1921.
 Der Vorstand.

Deutscher Rhönig
 Versicherungsaktiengesellschaft, Frankfurt a. M.

85. (76. ordentliche) General-Versammlung.
 Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Montag, den 27. Juni d. J., vormitt. 11 1/2 Uhr**, im Geschäftsgebäude der Gesellschaft, Kleiner Kirchgraben 14, in Frankfurt a. M. stattfindenden **85. (76. ordentlichen) General-Versammlung** eingeladen.

Tagesordnung:
 1. Entgegennahme des Geschäftsberichts des Vorstandes, des Berichts des Aufsichtsrats und der Revisoren über die Jahresrechnung und Vermögensaufstellung, Beschlussfassung über die Vermögensaufstellung, die Gewinnverteilung und die Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes.
 2. Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern.
 3. Wahl der Revisoren und Ersatzrevisoren.
 4. Satzungsänderung. § 3 Abs. 3. Der Satz „welche bis betreiben“ ist zu streichen.
 Die Aktionäre wollen sich behufs Teilnahme bis spätestens 24. Juni d. J. unter Angabe der auf ihren Namen in dem Aktienbuch eingetragenen Aktien in den Geschäftsräumen der Gesellschaft anmelden und die hiernach auszufertigenden Eintrittskarten in Empfang nehmen.
 Die Anmeldung und Empfangnahme der Eintrittskarten kann auf Wunsch von Aktionären auch durch Vermittlung unserer Zweigniederlassung Karlsruhe geschehen. K.288
 Frankfurt a. M., den 31. Mai 1921.
 Der Vorstand: Dr. Giesler.

Telegramm!
Circus Blumenfeld
 ältestes und renommiertestes Unternehmen kommt von Mannheim aus ab
II. Juni
nach Karlsruhe
 auf den ehemals Schmiederschen Platz, an der Karlstraße, Platz des Fußballklub „Hertha“.
 R.294

Dauerwäsche
 weiß u. farbig, in allen Formen und Weiten, mit Ia. Stoffeinlage, kalt abwaschbar, sowie
Hosenträger, Krawatten, Manschettenknöpfe, Schirme, Stöcke u. sämtliche Herrenmodeartikel
 empfiehlt R.196
Andr. Weing jr., KARLSRUHE i. B.
 Kaiserstraße 40 — Tel. 5476.
 Dauerwäsche - Spezialgeschäft und Herrenmode - Artikel.

Tuch - Großhandlung
Wilh. Wolf jr.
 Kaiserstraße 82a Karlsruhe Ecke Lammstraße
 empfiehlt K.269
erstkl. reinwollene Anzug - Stoffe
 Preisliste **100, 110, 125, 130 Mk.**
 Für Schneider und Wiederverkäufer sehr vorteilhaft
 Telefon 1628 — Gegründet 1888 — Telegramm-Adresse: Tuchwolf.

Laden
 für Spezial-Damen- od. Herrenwäschegeschäft
 in nur bester Lage zu mieten gesucht.
 Angebote unter K. 292 an die Exped. d. Karls. Zg.

Schirm-Reparaturen
 aller Art werden schnell, fachmännisch und billig ausgeführt bei
W. Kretschmar Nachf.
 Karlsruhe Hofschirmfabrik Kaiserstr. 82a.
Größere Bauschreinerei in Baden sucht Techniker.
 Bedingung: erstklassiger Kalkulator für alle Art Bauarbeiten, perfekt im Entwurf und Detail. Dem betreffenden Herrn soll außerdem die Aufsicht über Meister und Arbeiter (ca. 120 Mann) übertragen werden. Nur tüchtige Herren, die sich einem besartigen Posten gewachsen fühlen, wollen Offerte mit Bild und Zeugnisabschriften unter R.290 an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung einreichen.

Verputzarbeiten (115 qm Deckenputz, 190 qm Wandputz). Pläne und Bedingungen liegen auf unserem Hochbaubüro im 2. Stock des Aufnahmegebäudes der Karlsruher Zeitung auf, woselbst Angebotsverträge von persönlich erscheinenden Bewerbern in Empfang genommen werden können. Die Zusendung der Unterlagen nach auswärts findet nicht statt. Die Angebote sind verschlossen und postfrei u. mit der Aufschrift: ... arbeiten zur Erweiterung des Verwaltungsamtes des Güteramts am Rheinhafen Karlsruhe versehen, spätestens bis Samstag, den 18. Juni d. J., vormittags 11 Uhr, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 4 Wochen. R.292.21
 Karlsruhe, 1. Juni 1921.
 Bauinspektion 2.

Reelle Heirat.
 fein gebildetes ev. Fräulein Ende 20, sehr musikalisch, auch im Haushalt gut erfahren, mit etwas Vermögen wünscht netten, soliden Herrn entsprech. Alters in guter, sicherer Position kennen zu lernen zwecks späterer Heirat. Lehrer, Beamte, Akademiker bevorzugt. Strengste Diskretion zugesichert und verlangt. Nur wirklich seriöse Zusätze mit Bild und Z. 525 an Dr. Franz G. m. d. W. Mannheim erbeten.